



Bezirksamt Neukölln, Karl-Marx-Str. 83, 12040 Berlin (Postanschrift)

Dienstgebäude: Blaschkoallee 32

Telefon +49 30 90239-1280

Fax: +49 30 90239-51280

E-Mail: [GesHyg@bezirksamt-neukoelln.de](mailto:GesHyg@bezirksamt-neukoelln.de)

Elektronische Zugangsöffnung gem.  
§3a Abs. 1 VwVfG:  
[post@bezirksamt-neukoelln.de](mailto:post@bezirksamt-neukoelln.de)

<http://www.berlin.de/ba-neukoelln.de/>

## **Information über die Erhebung, Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten im Fachbereich Infektionsschutz und umweltbezogener Gesundheitsschutz des Gesundheitsamtes Neukölln gemäß EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)**

(Stand 07.10.2024)

Der Schutz Ihrer personenbezogenen Daten ist uns wichtig. Nach der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sind wir verpflichtet, Sie darüber zu informieren, zu welchem Zweck personenbezogene Daten erhoben, gespeichert oder weiterverarbeitet werden. Diesem Informationsschreiben können Sie auch entnehmen, welche Rechte Sie bezüglich des Datenschutzes haben.

### **Name und Anschrift des Verantwortlichen im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung**

Bezirksamt Neukölln von Berlin vertreten durch Bezirksstadtrat Hannes Rehfeldt, Leiter des Geschäftsbereiches Soziales und Gesundheit, 12040 Berlin

### **Name und Anschrift des Ansprechpartners im Fachbereich Infektionsschutz und umweltbezogener Gesundheitsschutz**

Frau Gransow, Tel. (030) 90239-3679, Fax: (030) 90239 53679

E-Mail: [GesHyg@bezirksamt-neukoelln.de](mailto:GesHyg@bezirksamt-neukoelln.de)

Dienstsitz: Blaschkoallee 32, Haus 1, 12359 Berlin

### **Kontaktdaten des Behördlichen Datenschutzbeauftragten (DSB)**

E-Mail: [datenschutz@bezirksamt-neukoelln.de](mailto:datenschutz@bezirksamt-neukoelln.de)

Postanschrift: Bezirksamt Neukölln von Berlin, Behördliche Datenschutzbeauftragte, 12040 Berlin

### **Zweck der Datenverarbeitung**

Dienstgebäude: Blaschkoallee 32, 12359 Berlin

& Barrierefreier Zugang nur zu Haus 5

Verkehrsbindung: U 7 (Blaschkoallee), Bus 170 (Riesestr.)

Berliner Sparkasse: DE10 1005 0000 1410 0038 05 Postbank Berlin: DE06 1001 0010 0003 3321 03

Der Zweck der Verarbeitung ist, übertragbaren und umweltbezogenen Krankheiten beim Menschen vorzubeugen, Infektionen frühzeitig zu erkennen und ihre Weiterverbreitung zu verhindern sowie Ermittlungen im Zusammenhang mit ordnungsbehördlichen Bestattungen anstellen zu können.

Die Weitergabe von statistischen Angaben für die Öffentlichkeit (z.B. Gesundheitsberichterstattung) erfolgt ausschließlich in der Form von anonymisierten Summenwerten.

### **Art und Umfang der Datenverarbeitung**

Verarbeitet werden: Name; Anschrift; Geburtsdatum; Laborbefunde/Gesundheitsdaten, (TrinkwV, IfSG) Ortsangaben; Adressen von Institutionen (z.B. Arbeitgeber, Kita, Schule, ärztliche Einrichtungen) die im Zusammenhang mit der jeweiligen Fallbearbeitung stehen, sowie Dokumentation der erhobenen Sachverhalte in entsprechenden Fachverfahren, teilweise auch in Form einer Papierakte. Es erfolgt eine Archivierung der hier eingehenden Post (Anfragen, Mitteilungen oder Bescheide).

### **Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung**

Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e DSGVO bildet in Verbindung mit § 3 Berliner Datenschutzgesetz die Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung. Die Datenerhebung ergibt sich aus den folgenden gesetzlichen Grundlagen, nach denen wir tätig sind, v.a.: Berliner Gesundheitsdienstgesetz (GDG), Infektionsschutzgesetz (IfSG), Infektionsverhütungsverordnung, Schädlingsbekämpfungsverordnung, Trinkwasserverordnung, Landeskrankenhausgesetz, Krankenhaus- und Hygieneverordnung, EU-Badegewässerrichtlinien, Gesetz über das Leichen- und Bestattungswesen, Durchführungsverordnung zum Bestattungsgesetz, Gesetz zur Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV-DG). Zudem ist das Gesundheitsamt verpflichtet, sein Handeln zu dokumentieren. Dies ergibt sich aus der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Berliner Verwaltung (GGO I §§ 55-63), aus § 630 f. BGB sowie aus § 10 der Berufsordnung für Ärzte.

Alle personenbezogenen Daten unterliegen der ärztlichen Schweigepflicht. Nur in gesetzlich geregelten Fällen (IfSG) dürfen Daten z.B. an Kindertagesstätten, Schulen oder Arbeitgeber ohne Ihre Zustimmung weitergegeben werden.

### **Dauer der Speicherung**

Gemäß § 1 a IfSG unter Beachtung von § 61 Abs. 2 GGO I werden die nach Maßgabe der Zwecke des Infektionsschutzgesetzes verarbeiteten personenbezogenen Daten dann gelöscht, wenn diese zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben nicht mehr benötigt werden (Aufbewahrung bis zu 3 Jahre). Alle Daten, die für Verwaltungsvorgänge erhoben werden, die Einnahmen oder Ausgaben generieren, sind gem. § 71 Anlage 1 Nr. 2.1 und Nr. 3 der Ausführungsvorschriften zur Landeshaushaltsordnung (AV LHO) 7 Jahre aufzubewahren.

### **Rechte der betroffenen Person**

Werden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet und sind Sie damit Betroffener i. S. d. DSGVO so haben Sie gegenüber dem Verantwortlichen folgende Rechte:

### **Auskunftsrecht (Artikel 15 DSGVO)**

Sie haben das Recht auf Auskunft seitens des Verantwortlichen über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Empfänger, gegenüber denen Daten offengelegt wurden und über die Herkunft der Daten Art. 15 Absatz 1 DSGVO. Der Verantwortliche stellt eine Kopie der personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Verarbeitung sind, zur Verfügung Art. 15 Absatz 3 DSGVO.

### **Recht auf Berichtigung (Artikel 16 DSGVO)**

Sie können die Berichtigung unrichtiger Daten zu Ihrer Person verlangen. Unvollständige Daten müssen unter Berücksichtigung des Zwecks der Verarbeitung vervollständigt werden.

### **Recht auf Löschung (Artikel 17 DSGVO)**

Sie haben grundsätzlich das Recht, die Löschung Ihrer Daten zu verlangen; in der Regel stehen dem jedoch die o.g. Rechtsgrundlagen, d.h. die gesetzlich vorgeschriebenen Aufbewahrungsfristen entgegen.

### **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 18 DSGVO)**

Dieses können Sie wahrnehmen, solange Fragen der Richtigkeit der Daten oder deren Löschung noch ungeklärt sind.

### **Recht auf Datenübertragbarkeit (Artikel 20 DSGVO)**

Das Recht auf Datenübertragbarkeit besteht insoweit nicht, da es sich um eine Verarbeitung im öffentlichen Interesse bzw. in Ausübung öffentlicher Gewalt handelt.

### **Widerspruchsrecht (Artikel 21 DSGVO)**

Sie haben grundsätzlich ein Widerspruchsrecht aus Gründen, die sich aus ihrer persönlichen Situation ergeben, auch gegen rechtmäßige Datenverarbeitungen, die im öffentlichen Interesse liegen, die in Ausübung öffentlicher Gewalt oder aufgrund des berechtigten Interesses einer Stelle erfolgen, außer der Verantwortliche kann zwingende schutzwürdige Gründe nachweisen.

### **Beschränkungen (Artikel 23 DSGVO)**

Zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder zur Wahrung von Rechten und Freiheiten anderer Personen kann es zur Beschränkung der o.g. Rechte kommen.

### **Benachrichtigung bei Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten (Artikel 34 DSGVO)**

Kommt es zu einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten und hat diese ein hohes Risiko für Ihre persönlichen Rechte und Freiheiten, so benachrichtigt der Verantwortliche Sie unverzüglich darüber.

### **Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde**

Sie haben gemäß Artikel 77 DSGVO das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten rechtswidrig erfolgt.

Hierzu können Sie Kontakt aufnehmen mit der zuständigen Aufsichtsbehörde:

Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Alt-Moabit 59-61, 10555 Berlin,

Tel. (030) 13889-0, Fax (030) 2155050, E-Mail: [mailbox@datenschutz-berlin.de](mailto:mailbox@datenschutz-berlin.de)